

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten
Herausgeber: Hermann Schickel
Verlag: Hermann Schickel
Schillerstraße 11
Dresden - E. 1, Marktstraße 24/25

Abend-Ausgabe
Dienstag, 2. Juni 1932
Preis: 20 Pfennig
Abonnement: 200 Pfennig

Druck: Carl Neubauer
Dresdner Nachrichten
Schillerstraße 11
Dresden - E. 1, Marktstraße 24/25

Das neue Reichskabinett geht an die Arbeit

Graf Schwerin v. Krosigk Reichsfinanzminister

Berlin, 2. Juni. Amlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Volksherrn von Neurath zum Reichsminister des Auswärtigen, den Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, Graf Schwerin v. Krosigk, zum Reichsminister der Finanzen, den bayerischen Justizminister Dr. Gürtner zum Reichsminister der Justiz ernannt, und ferner den Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsarbeitsministers beauftragt.

Wahrscheinlich Dienstag Reichstagsauflösung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. Juni. Freiherr v. Neurath ist dem ausdrücklichen Wunsch des Reichspräsidenten gefolgt, der das Außenministerium mit einem erfahrenen Diplomaten besetzt zu sehen wünscht. Die Vereidigung der neuen Minister findet um 5/10 Uhr nachmittags statt, für 6 Uhr ist bereits die erste Kabinettsitzung der neuen Reichsregierung angesetzt.

Vorher wird der Reichskanzler v. Papen noch eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten Dr. Brüning haben.

Beide wollen gemeinsam, wahrscheinlich in einer Erklärung, gegen die Vorgänge an der Börse Stellung nehmen. Auf der Tagesordnung der neuen Kabinettsitzung steht als erster Punkt die formale Ernennung des Staatssekretärs in der Reichskanzlei und des neuen Reichspressesekretärs. Für den Posten des Pressesekretärs ist der bisherige Ministerialdirektor der Presseabteilung, Geheimrat v. Kaufmann, in Aussicht genommen.

Nachdem nun authentische Interpretationen der gestrigen Zentrumserklärung vorliegen, kann heute mit Bestimmtheit gesagt werden, daß das Zentrum nie wahrscheinlich auch die Bayerische Volkspartei einem im Reichstag alsbald einzubringenden Mißtrauensvotum gegen die neue Regierung von Papen zustimmen werden. Damit dürfte das Ende dieses Reichstags unmittelbar bevorstehen. Wahrscheinlich in der nächsten Woche, am Montag oder Dienstag, wird sich das neue Kabinett dem Reichstag vorstellen. Es ist dabei überhaupt in einer Abstimmung über Mißtrauensvoten kommen wird, scheint zweifelhaft.

Es heißt, daß der Reichskanzler diesen formalen Akt zum Anlaß seiner politischen Programmklärung nehmen würde, die mit der Verkündung der Auflösung des Reichstags schließt.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, wie plötzlich sich die immer als ganz besonders „staatspolitisch“ hingestellte Haltung des Zentrums geändert hat. Die Zentrumspresse im Reich und außerhalb ist geradezu in aufgeregten und mündenden Kommentaren. Das wahre Gesicht der Zentrumspartei enthüllt sich vor der Öffentlichkeit. Es geht dem

Zentrum, wie man wieder einmal fest, um nichts anderes als um Parteipolitik im engeren Sinne des Wortes. Auch die Behandlung, die der Zentrumsmann von Papen von seinen eigenen Werten erfährt, ist dafür bezeichnend. Von Papen gilt als von der Zentrumspartei ausgeschlossen. Man wirft ihn heraus, weil er sich dem Wunsch des Reichspräsidenten, die neue Reichsregierung zu bilden, fügte. Man entnimmt sich in diesem Zusammenhang, in wie fester Form seitens der Zentrumspartei die deutsche Volkspartei angeschlossen, als ihr der Reichspräsident zum Reichsminister ernannte. In ruhiger und vornehmer Ausdrucksweise einigten sich die deutschnationalen Führer Geheimrat Eugenberg und Dr. Goerdeler dahin, daß letzterer aus der Partei auscheiden müsse, die nicht in die Verantwortung für die Regierung einbezogen zu werden wünsche. Im Zentrum findet von Papen nichts anderes als einen Einwand vor, man beschimpft ihn darüber hinaus noch in den unerbittlichsten Formen, um damit den Akt im Zentrumsturm zu verhindern. Alle Erklärungen, daß „das Zentrum noch nie so einig gewesen sei wie heute“, können nicht darüber hinwegtäuschen,

daß die große Parteienkrise auch vor der Spitze des Zentrums nicht haltmacht.

Ueber die Persönlichkeit des neuen Staatssekretärs der Reichskanzlei, v. Kaufmann, sei noch mitgeteilt, daß dieser vor einiger Zeit als Minister aus dem Reichswehrministerium auswich und Regierungsrat, später Oberregierungsrat in der Reichskanzlei wurde. Kaufmann ist der Sohn des berühmten Hofiers und Nobelpreisträgers Geheimrat v. Kaufmann. Er überbringt jetzt die Stellen des Ministerialrats und Ministerialdirektors und wird der nächste Berater des neuen Kanzlers. Gleichzeitig ist es auf ein Gerücht hinzuweisen, daß Kaufmann in politischen Kreisen erzählt. Angeblich soll Staatssekretär v. Kaufmann den Wunsch geäußert haben, in absehbarer Zeit seinen gegenwärtigen Posten beim Reichspräsidenten mit dem des deutschen Vizekanzlers in Tokio zu vertauschen. Der gegenwärtige Vizekanzler in Tokio, v. Bredow, erreicht im nächsten Jahre die Altersgrenze, so daß in Tokio womöglich in absehbarer Zeit ein Wechsel erfolgen muß.

Reichskanzler v. Papen an das Zentrum

Berlin, 2. Juni. Reichskanzler von Papen hat an den Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, folgenden Brief gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Prälat, in einer der schicksalvollsten Stunden deutscher Geschichte hat mich der Herr Reichspräsident berufen, die neue Regierung zu bilden. Die seelische und materielle Lage des deutschen Volkes verlangt gebieterisch die Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte — aus welchem Lager auch immer sie kommen mögen. Nicht als Parteimann, sondern als Deutscher bin ich — gewiß nicht leichten Herzens — dem Rufe des Mannes gefolgt, dem die Nation fordern einen überwältigenden Beweis ihres Vertrauens erteilt hat und dessen wahrhaft historische Persönlichkeit auch in den schwersten Stunden deutscher Geschichte nie etwas anderes erkannte, als die Zusammenfassung aller dieser Kräfte zum Wohle des Landes.

Ein solcher Schritt kann nicht in Widerspruch stehen zu der unermüdeten, planvollen und sachlichen Arbeit des Kanzlers Dr. Brüning, deren Würdigung einer anderen Gelegenheit vorbehalten bleibt. Auch die Deutsche Zentrumspartei und der in ihr politisch organisierte Volksozialismus werden sich der Erkenntnis nicht verschließen können,

daß das neue Deutschland nur auf der Grundlage der Kräfte aufgebaut werden kann, die die geistige Wende unserer Tage zur Hoffnung der jungen Generation gemacht hat.

Wenn mich infolge der Erklärung der Deutschen Zentrumspartei der Weg heute leider von Ihnen trennt, so lege ich in der Hoffnung, daß nicht nur die sachliche Arbeit, die das Land heute von uns fordert, und daß wieder vereinigt wird. Mehr noch ist es die unerwartete Lebensfreude, daß die Bewusstseinsarbeit jeder Widerstandnahme her

Neue Unruhen in Bamberg

Duisburg-Bamberg, 2. Juni. Im Stadtteil Marg-Ios machten Mittwoch nachmittags größere Ansammlungen ein Einschreiten der Polizei erforderlich. Um das Fortbringen der Beamten zu verhindern, hatten die Demonstranten mehrere große „Wälle“ auf die Straße gestellt; mit Steinwürfen und „Nieder-Rufen“ wurden die Beamten empfangen, die aber durch ihr energisches Einschreiten die Ruhe wiederherstellen konnten. — In den späten Abendstunden kam es zu neuen Ausschreitungen. Mehrere Schaufenster eines Lebensmittelladens wurden eingeworfen. Die Polizei läuderte mit dem Gummiknüppel die Straßen und nahm drei Personen fest. Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich in der Arbeiterkolonie im sogenannten Goetheviertel in Obermarxloh. Die Menge warf in einem Lebensmittelgeschäft die Schaufenster ein und plünderte die Warenbestände. Als die Polizei einschritt, wurde sie mit Steinen beworfen und beschossen, worauf die Beamten das Feuer erwiderten. Ob es Verletzte gegeben hat, steht bis zur Stunde noch nicht fest.

Neue Bonfottnote Danzigs an Polen

Danzig, 2. Juni. Der Senat hat dem diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig eine Note zugeworfen, die sich erneut gegen die polnische Bonfott-Propaganda in Danzig und Lopot und vor allem gegen die Betätigung polnischer Eisenbahnbeamter bei dieser Propaganda wendet.

Wünsche des Handwerks

Berlin, 2. Juni. Wie der Reichverband des Deutschen Handwerks mitteilt, hat er gestern telegraphisch den Herrn Reichspräsidenten ersucht, in das neuzubildende Kabinett auch Vertreter des gewerblichen Mittelstandes anzuschließen.

Weltwirtschaftskonferenz noch nicht sprechreif

London, 2. Juni. „Times“ zufolge hatte Sir John Simon erste Besprechungen mit dem französischen und italienischen Vizekanzler; er erdachte mit ihnen die Möglichkeit der Abhaltung einer Weltwirtschaftskonferenz und versicherte ihnen,

daß die Dinge noch nicht so weit gediehen seien, wie eine am Dienstag in Washington veröffentlichte Mitteilung ausdienten läßt.

Auf dem transatlantischen Telefon sei die Möglichkeit einer Teilnahme Amerikas an einer solchen Konferenz besprochen worden, aber formelle Einladungen seien nicht ergangen, und die Ablehnung solcher Einladungen werde auch schwerlich erfolgen, bevor feststehe, ob alle Großmächte eine solche Konferenz für wünschenswert halten. Auch sei es notwendig gewesen, die Ansicht der beteiligten Staaten festzustellen; aber es werde keine Einladung ergehen, bevor man mit den anderen Mächten Fühlung genommen habe.

Kabinett Braun entzieht sich dem Landtag

Berlin, 2. Juni. Im preussischen Landtag, in dem am Donnerstag eine große politische Aussprache auf der Tagesordnung steht, beantragten die Kommunisten vor Eintritt in die Tagesordnung die Herbeiführung des preussischen Staatsministeriums, damit es sich vor dem Landtag verantworten. Abgeordneter Kube (D.) stimmte im Namen seiner Fraktion zu, ebenso Abgeordneter v. Bock für die Deutschnationalen. Nach heftiger Geschäftsordnungsaussprache, in der die Sozialdemokraten erklärten, daß das zurückgetretene Ministerium nur die Geschäfte weiterführen und keine politischen Handlungen mehr ausüben könne, wurde der kommunistische Antrag auf Herbeiführung des Ministeriums angenommen. Die Sitzung wurde darauf für eine Viertelstunde unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung zeigte es sich, daß die Regierungsbänke leer geblieben waren.

Die drei Zentrumsminister Dirckfelder, Steiger und Schmidt hatten auf ihren Abgeordnetenfragen Platz genommen. Auf Anfrage des Abg. Kube (D.) teilte der Präsident mit, daß der Antrag des Landtages dem preussischen Staatsministerium überreicht worden sei, daß aber feinerlei Antwort eingegangen sei. Abg. Kube (D.) beantragte erneut Aufhebung der Sitzung auf eine Viertelstunde, damit der Ministerpräsident Dr. Braun abgemahnt werden könne, vor dem Landtag zu erscheinen. Die Sitzung wurde darauf, dem Antrag gemäß, erneut abgebrochen.

Bei der Wiedereröffnung der Landtagsitzung teilte Präsident Brüning mit, daß Ministerpräsident Braun ihm telefonisch erklärt habe, er sei damit beschäftigt, in einem Brief an den Landtag die Gründe für sein Nichterscheinen darzulegen, da er Zweifel daran habe, ob die Herbeiführung eines bereits zurückgetretenen Kabinetts noch zulässig sei. Die Nationalsozialisten brachten darauf einen Antrag ein, sämtlich preussischen Minister, die der Sozialdemokratischen Partei und der Staatspartei angehören, wegen Verletzung der Befassung vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen. Der Antrag wurde mit der politischen Aussprache verbunden. Der Landtag trat dann in die Aussprache ein.

Londoner Erwartungen

London, 2. Juni. Mehrere Londoner Zeitungen geben der Ansicht Ausdruck, daß nunmehr das Verbot der nationalsozialistischen Sturmabteilungen aufgehoben wird.

Der Berliner Berichterstatter des „Daily Telegraph“ beschäftigt sich besonders eingehend mit der Persönlichkeit des Generals v. Schleicher, den er den nächsten Mann im neuen Reichskabinett nennt. Herr v. Papen werde dem Kabinett seinen Namen geben, aber General v. Schleicher sei die treibende Kraft; er werde die Politik des Kabinetts bestimmen und der Hauptverbindungsman zwischen dem Kabinett und dem Reichspräsidenten sein.

Es heißt fest, daß der General nicht beschäftigt, Deutschland an die Diktatur Hitler und seiner heillosen jugendlichen Unterführer auszuliefern.

Er hat bei den Politikern aller Parteien den Eindruck hervorgerufen, daß er der letzte sei, der sich Hals über Kopf in gewagte Abenteuer stürzen würde.

„Financial News“ führt heute aus, der Beschluß des Reichspräsidenten v. Hindenburg, Herrn v. Papen mit der Bildung einer Regierung zu betrauen, die sich nicht auf politische Parteien oder Gruppierungen stütze, habe in der Londoner City einen günstigen Eindruck gemacht. Daß Dr. Brüning nicht nach Lausanne gehe, sei zwar bedauerlich, allein, die Wende habe unmissbar gewisse Vorteile. Man wisse, daß Herr v. Papen für die Annäherung mit Frankreich gearbeitet habe und deshalb persona grata in Paris sei. Es wäre denkbar, daß die französische Regierung sehr mehr Reue an Augeständnissen zeigen werde, als sie es gegenüber einer Brüning-Regierung getan habe.